

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweitzer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreigespaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil. Deutschland.

*** Berlin, 12. Sept.** [Die bekannte polizeiliche Ueberwachung] unseres Blattes betreffend, wird jetzt in der Presse mehrfach angegeben, dieselbe habe darin ihren Grund gehabt, daß das hiesige Polizei-Präsidium, weil man in den Consecutionsfällen niemals Exemplare in der Druckerlei oder der Expedition gefunden, Verdacht gehabt habe, unser Blatt werde vor Einreichung des Pflichtexemplars an die Polizei expedirt. Wir wissen nicht, ob die Ueberwachung wirklich aus dem angegebenen Grunde stattgefunden, sind aber der Ansicht, daß unter allen Umständen ein solches Polizeiverfahren glücklicherweise zu den Seltenheiten in den europäischen Cultur-Staaten gehört. — Im Uebrigen bemerken wir, daß unser Blatt gegen 4 Uhr zur Presse geht, während bisher immer die Polizeimannschaft, welche die Consecration vorzunehmen hatte, erst um etwa 6 1/2 Uhr in der Druckerlei und in der Expedition eintraf.

— [Zum beabsichtigten Abgeordneten-tage in Frankfurt a. M.] entnimmt die „Rhein. Zig.“ einem Privatbriebe aus Wien die Mittheilung, daß dort das Gerücht circulire, der preussische Gesandte habe die Wiener Regierung aufgefordert, vundespolizeiliche Maßregeln gegen die Abhaltung des Abgeordnetentages in Frankfurt zu ergreifen. Das Wiener Cabinet habe jedoch eine ausweichende Antwort ertheilt.

— [Freisprechung.] In Mohrungen sind gestern die 17 Abgeordneten, die auf Grund eines veröffentlichten Wahlauftrags der Beleidigung des Ministeriums angeklagt waren, freigesprochen worden.

— [Ein Scandal.] Das 13. Verzeichniß der bei der geschäftsleitenden Kommission des Sechshunddreißiger-Ausschusses eingegangenen Beiträge (vom 13. Oct. 1864 bis 31. August 1865) weist eine Einnahme nach von 33,515 fl. Damit steigt die Gesamtbeinnahme auf 638,527 fl. Die Ausgaben waren: 1) Unmittelbar für die Zwecke der „Herzogt. Regierung“ (!!) in Kiel und im Einverständnis (!) mit derselben verwendet 341,813 fl., 2) an Unterstützungen aller Art (!) 189,717 fl., 3) zur Förderung der Sache (welcher Sache?) in Deutschland 13,513 fl., 4) dergleichen in den Herzogthümern und im Ausland 21,422 fl., 5) und 6) an Bureau-, Druckkosten, Porti, Münzverlust etc. 12,462 fl., Gesamtsumme 578,927 fl. Es bleibt somit ein Kassabestand von 59,600 fl. — Es ist in der That ein Scandal, wie diese Leute mit den ihnen anvertrauten Geldern verfahren. Zwar, in soweit diese Gelder von den finanziellen Größen der Bourgeoisie aufgebracht sind, welche nur durch Geldzahlen den Ruhm erlangen können, in den Fortschrittsblättern als große Patrioten ausgeschrien zu werden — in soweit die Gelder von diesen Leuten kommen, ist gegen deren Verschleuderung nichts

einzuwenden; denn der Zweck (Gesetze und Wichtigkeitserei) ist in diesem Falle erreicht. Anders aber steht es mit dem Gelde, welches aufrichtige Vaterlandsfreunde, insbesondere arme Arbeiter, den unfähigen Nationalvereinskoryphäen (tatsächlich ist der Sechshunddreißiger-Ausschuß ein Nationalvereinsmachwerk) leider in die Hände gegeben. Sie wollen mit ihrem Gelde die deutsche Sache fördern. Was aber hat man mit demselben angefangen? Man hat den Hofstaat eines Subjects unterhalten, dessen Unfähigkeit und Feigheit schon in den ersten Wochen unabweisend zu Tage trat; man hat ferner Literaten bezahlt, welche dieses Subject zu einem nationalen Helden hinaufschraubten mußten. Selbst der Umstand, daß gedachtes Subject in den für die Herzogthümer entscheidendsten Zeiträumen sich lediglich damit befaßte, die Huldigungen von „Jungfrauen“ entgegenzunehmen u. dgl. mehr, konnte jene Verantwörter patriotischer Gelder nicht zur Berührung bringen. Und so ist der Scandal vollbracht: nicht zu Gunsten der Nation, nicht zu Gunsten der deutschen Einheitsache und der deutschen Bewegung, sondern zu Gunsten eines unbrauchbaren Subjects und seines lächerlichen Hofstaates sind die Gelder veranagabt.

— [Boeth.] Die Nachricht, daß sich der hochgeehrte Nestor der deutschen Philologen, Boeth, aus seiner ruhmgekrönten akademischen Laufbahn nunmehr zurückziehen werde, entbehrt erfreulicher Weise der Begründung. Der im November d. J. achtzigjährige Gelehrte ist jetzt mit Herausgabe eines Werkes über die Astronomie der alten Hellenen beschäftigt.

Wien, 12. Septbr. [Dualistisches.] Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein Rescript des Kaisers vom 1. Septbr., welches den „verfassungsmäßigen Landtag für Siebenbürgen“ in der durch Artikel 11 des Gesetzes von 1791 festgestellten Zusammenfügung zum 19. Novbr. nach Klausenburg einberuft und als dessen ausschließlichen Berathungsgegenstand die Revision des Artikel 1 des Gesetzes vom Jahre 1848, die Vereinigung Ungarns und Siebürgens betreffend, bezeichnet. Wahlberechtigt sind alle, welche 8 Gulden directe Steuern ohne Kopfsteuer und Zuschläge entrichten. Feldmarschall-Lieutenant Graf Ludwig Crenneville ist zum Landtagskommissär als Stellvertreter des Monarchen ernannt. — Durch ein zweites Rescript des Kaisers wird der am 21. April 1863 auf Grund einer provisorischen Landtagsordnung nach Hermannstadt einberufene Landtag aufgelöst.

Anstaud.

*** Paris, 10. Sept.** [Tagesbericht.] Das Gerücht von einer angeblich bevorstehenden Familienverbindung zwischen den Höfen von Spanien und Italien erhält sich sowohl in der hiesigen, als in der spanischen Presse. Doch ist dasselbe mit großer Vorsicht anzunehmen. Auf der andern

Seite ginge man zu weit, wenn man aus der Sprache der officiösen Presse schließen wollte, die Zusammenkunft der Königin von Spanien und des Kaisers Napoleon III. habe gar keine politische Tragweite. Es braucht nicht immer zu einer Allianz zu kommen und doch kann zu wichtigen Ereignissen der Grund gelegt werden. Zu diesem würde die jüngst erfolgte Anerkennung Italiens als vortrefflicher Anknüpfungspunkt dienen können. — Der Kaiser hat sich ein Feuerwerk nach Biarritz kommen lassen. Die Gesellschaft der Südbahn weigerte sich einen Augenblick, den gefährlichen Transport zu übernehmen. Das Feuerwerk wird 30,000 fr. kosten. — Wenig wahrscheinlicher Weise wird behauptet, nächstes Jahr solle das englische Geschwader nach Toulon und Algerien kommen, die französische Panzerflotte dagegen einen Besuch in Malta machen, und es sollten bei dieser Gelegenheit große Festlichkeiten Statt finden. — Abdel Kader hat sich am 8. Sept. nach Syrien eingeschifft.

— 12. Sept. [Neuestes.] Der hentige „Moniteur“ meldet, daß die königliche Familie von Spanien gestern in Biarritz zum Besuche erschienen ist. Die Königin traf Nachmittags ein und reiste Abends wieder ab. Der „Moniteur“ bezeichnet das Zusammenreffen als ein „sehr herzliches“.

*** Italien.** [Landverbesserung. Die Wahlen. Gegen den Clerus. Die Wahlsteuer.] Die Trockenlegung des Sees von Celano, des Fucinus der Alten, durch Ableitung seiner Gewässer in den Garigliano (Liris), gehört zu den mancherlei Arbeiten des wieder erstehenden italienischen Unternehmungsgeistes. Eine neapolitanische Gesellschaft, deren Hauptactionär Fürst Torlonia, hat das Unternehmen ausgeführt, um eine herrliche Fläche von zwei Quadratmeilen Ackerlandes zu erzielen. Der vier Kilometer lange Abzuggraben, der unter Kaiser Claudius gebaut und 3000 Schritt lang durch festes Gestein beim Durchbruche durch den Monte Salviano geführt wurde, war ganz verfallen. — Die Wahlen werden am 15. October stattfinden und das neue Parlament wird um Mitte November zusammentreten. Die Regierung will mit Veröffentlichung ihres Programms warten. Man will erst das Ergebnis der Municipalwahlen kennen. Die liberale Partei hat ihre Liste geschickt zusammengestellt und meist bekannte Namen vorgeschlagen, was nicht alle Parteien von den übrigen sagen können. Es muß als ein glücklicher Umstand angesehen werden, daß diese Gemeindevahlen so kurz vor den allgemeinen Wahlen stattfinden, denn es steht zu erwarten, daß die liberale Partei die bei dieser Gelegenheit zu sammelnden Erfahrungen zu benutzen finden werde. — Man hatte gesagt, der Unterrichtsminister Rotoli wolle sämtliche Seminare schließen. Diese Nachricht beruht auf einer Uebertreibung, indem diese Maßregel sich bloß auf diejenigen Seminaristen beschränkt, die mittelst königlichen Decrets bereits geschlossen waren, weil

deren Vorsteher sich der Vornahme der governementalen Inspection widersetzen. Die Seminarien, welche die Oberaufsicht der Regierung nicht von sich gewiesen haben, bestehen noch. Die Reformen des genannten Ministers in Bezug auf einen höheren Unterricht sind umfassend. Die Lyceen werden in zwei Klassen zerfallen, in wissenschaftliche und literarische. Mit den literarischen Lyceen sollen die Gymnasien und mit den anderen die Realschulen vereinigt werden. — Gegen die von Sella beabsichtigte Mablsteuer spricht sich, noch ehe sie amtlich bekannt geworden, die öffentliche Meinung so entschieden aus, daß wohl keine Aussicht zu ihrer Genehmigung durch das Parlament vorhanden sein möchte. Graf Bepoli hat einen Brief veröffentlicht, worin er sich gegen die Wiedereinführung der von ihm geschafften Steuer lebhaft erklärt.

* **Spanien.** [Zur Page.] Eins haben die Moderados (gemäßigt Liberalen) seit sie an der Regierung sind, meißterhaft verstanden, die Zwietracht unter ihren Gegnern zu nähren, und Eins haben die Progressisten (Fortschrittsmänner) nie gelernt, nämlich Disciplin. Wie Guerrillabanden gingen sie den Moderados zu Leibe und wurden sie zurückgetrieben, und in diesem Augenblicke, wo der Hof freisinnigere Bewegungen annimmt, sind sie erst recht in Fraktionen zerfallen. Die Polemik zwischen der Iberia, welche für Verheiligung an den Wahlen und folglich für Verlassen der bloßen Negative spricht, und der Soberania Nacional, welche Passivität nach wie vor predigt, wird mit jedem Tage erbitterter, und die einzelnen Parteiführer machen den Streit dadurch nicht besser, daß sie in Zeitdriften an die Blätter ihrer Färbung ihre persönlichen Ansichten andrücken, welche häufig auf eine politische Bettelwirtschaft schließen lassen. Der Theil der Progressisten, welcher der von Madoz geführten Fahne der Iberia folgt, wird wähnen, während die Dlozajisten stramm in der Verneinung beharren. Die Sache steht jetzt so, daß in dem Falle, wo Madoz die Mehrzahl nachziehen wird, Dlozaja entlassen ist, sich in sein Zelt zurückzuziehen und der Politik wieder, wie schon so oft, zu entsagen. Espartero und Prim zeigen zur Verheiligung an den Wahlen, suchen vorläufig aber noch zu vermitteln und Dlozaja zu beschwichtigen. Sollte Dlozaja die Majorität erhalten, so werden die in die Cortes gewählten Progressisten sich aller Wahrscheinlichkeit nach mit der jüngeren Fraction der liberalen Union vereinigen und den Versuch machen, die älteren Mitglieder der Union zu entschiedeneren Schritten hinzureißen. Das Ganze läuft darauf hinaus, daß man unter dem Namen eines „entschiedenen aber „besonnenen“ Fortschritts“ die Herrschaft eines mäßigern und halben Liberalismus herstellen möchte. Da dies aber hoffentlich nicht gelingt, so wird die iberische (Spanien und Portugal umfassende) Revolution kommen, und die Radikalen thun Alles, ihr die Wege zu ebnen. Die Finanznoth arbeitet ihnen hierbei in die Hände, und dies ist um so bemerkenswerther, als gerade die Moderados die Finanznoth großen Theils selbst verschuldet haben, indem sie, so lange sie am Ruder waren, den Staat in ärgster Weise ausbeuteten. Uebrigens hat das Privatvermögen im Volke in den letzten Jahren bedeutend zugenommen, der Unternehmungsgeist ist erwacht, und diejenigen, welche von der Apathie des Volkes sprechen, reden von dem Spanien, wie es zwar noch in vielen Dächern steht, doch zum Glück in Wirklichkeit nicht mehr vorhanden ist.

* **Aus der Union.** [Zur Page.] Die Augsb. „Allg. Ztg.“ bringt aus New-York vom 25. August eine längere Originalcorrespondenz, welche sich auch über die Stellung der Parteien zu einander verbreitet und der wir nachfolgendes entnehmen:

Die Demokratie findet in der Mißstimmung, welche unter einem großen Theil der republikanischen Partei über die bedenkliche Restaurationspolitik*) Johnson's herrscht, einen willkommenen Anknüpfungspunkt für ihre Pläne

zur Wiedererlangung der politischen Herrschaft.*) Sie geben sich das Ansehen, jene Politik von ganzem Herzen zuzubeharren, und wollen dem Präsidenten hohes Lob für seine „conservative Haltung“ sein festhalten an der Idee der Staatensouveränität, seinen Widerstand gegen die Zumuthung, den befreiten Regern von Bundeswegen das Wahlrecht zu geben. Namentlich in Betreff des letztern Punkte wissen sie das rohe Racenvorurtheil der Massen mit großem Geschick zu benutzen. Obgleich die Forderung daß den Regern jenes Recht ertheilt werde, noch keineswegs von der ganzen republikanischen Partei aufgestellt ist, wissen die Demokraten doch dies glauben zu machen. Dabei haben sie den doppelten Vortheil den Racenhaß gegen die republikanische Partei ins Feld zu führen; und jede von republicanischer Seite gegen die sofortige Ertheilung des Wahlrechts an die Regern ausgehende Aeußerung als einen Beweis der Schwäche, des Vergessens einer Niederlage, hinzustellen. Das letztere ist gar kein geringer Vortheil, denn es giebt bei jeder Wahl Tausende von Stimmgabern die stets für diejenige Partei stimmen aus deren Seite sich der Sieg zu neigen scheint. So wäre es gar nicht unmöglich, daß bei den in den größten Staaten des Nordens binnen zwei Monaten stattfindenden Herbstwahlen die Demokraten mit einem Programm siegen welches Hr. Johnson als Vertreter einer „conservativen“ Reactionspolitik insoffierte. Selbst wenn sie damit nur so viel gewinnen, daß er unentschuldig und schwankend wäre, und dadurch ein Beweismittel unter der republikanischen Majorität des Congresses bewirkt, wäre das schon sehr viel.

Daß aber ein solches oder ein Sieg der Demokraten irgendwie wieder die nationale Existenz der Republik in Frage stellen, die Idee einer besondern Säubernuß wieder ins Leben rufen könne, daran braucht Niemand zu denken. Es ist vielleicht nicht unnöthig, dies hier zu bemerken, da in manchen englischen Zeitungen noch immer an der Vorstellung festgehalten wird als ob der Süden ein amerikanisches Polen sei, das sich stets von Neuem erheben werde, sobald es wieder ein wenig zu Kräften gekommen sei. Diese Vorstellung ist grundfalsch. Selbst wenn heut alle Bundesstruppen bis auf den letzten Mann aus dem Süden zurückgezogen würden, würde — wie häufig immer das Schicksal der Regern sein möchte — nicht ein einziger Staat auch nur den Versuch einer Loslösung vom Bunde machen. Für dieses Jahrhundert hat der Süden genug. Bemerkenswerth und beachtenswert ist die eindringliche Art und Weise, in welcher gerade die eifrigsten und fähigsten Militärführer des Südens (auch Johnson) zum ruhigen Verhalten mahnen.

*) Die sogenannte demokratische Partei in den Vereinigten Staaten legt den Nachdruck auf die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten, d. h. die Centralgewalt soll sich in die Einrichtungen eines einzelnen Staates (wobin auch die Sklaverei gehört) möglichst wenig einmischen, weil dies der Freiheit, der Autonomie (selbstständigen Gesetzgebung) des einzelnen Staates zuwiderlaufe; die sogenannte republikanische Partei in der Union (die eigentliche Volkspartei) legt den Nachdruck auf die einheitliche Durchführung volksthümlicher Gesetzgebung durch die Gesammmunion, will eine nicht bloß der Form, dem äußeren Scheine, sondern eine dem inneren Wesen nach freibethliche Gestaltung der Union.

(Anmerk. d. Red. des „Soc. Dem.“)

Vereins-Beil.

* Berlin, 12. Sept. (Berliner Arbeiterverein.) In gestriger Versammlung erstattete Hr. Bando Bericht über den Stutzquarter Verein, indem er in sehr klarer und übersichtlicher Weise den Gang und das Ergebnis der Verhandlungen wiedergab, auch eine ergötzliche Schilderung der Vergütungen, welche mit dem Vereinszuge verbunden waren, hieran knüpfte. Bei Gelegenheit des Beschlusses über das allgemeine Stimrecht nahm Herr Bando Gelegenheit, die jüngsten Leitartikel der „Vollz.“ über diesen Gegenstand einem herben Tadel zu unterwerfen, was einstimmige Zustimmung in der Versammlung fand. Insbesondere sprach sich Herr Richter sehr scharf in dieser Beziehung aus. Man beschloß, in nächster Versammlung (in 8 Tagen) die gedachten Leitartikel zum Gegenstande der Tagesordnung zu machen. Ferner wurde beschloffen, die Stutzquarter Beschlüsse einen nach dem andern allmählig im Verein zur Besprechung zu bringen. — Nach Beendigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende, Herr Öbrig, die Versammlung.

Zur Arbeiterfrage.

(Vom Forstmeister Sintel in Sendling bei München.)* (Fortsetzung und Schluß.)

6. Die Arbeitsstellungen — nicht gleichzeitig über ganz Europa verbreitet — dessen in der Re-

*) Vergl. unsere Einleitung in vorletzter Nummer. (Anm. d. Red.)

gel nicht nachhaltig, sondern mitunter, Befehlen die Arbeiter aber, daß sie in Gemeinschaft mit der Polizei und dem Liberalismus der die Bourgeoisie leitenden Fortschrittler nie und nimmer etwas gewinnen, daher sich von ihnen trennen müssen, geben ihnen zugleich Gelegenheit, sich zu messen und sich zu überzeugen, daß Einigkeit, Kraft macht, indeß Zwietracht, sowie Einzelhandeln schwächt, — können also doch eine fatale Krise vorbereiten und verdienen von Seite der Staatslenker, wir wiederholen es, größere Aufmerksamkeit, als die schlechtholsteiner und die damit zusammenhängende deutsche Frage, nicht um das erbärmliche Loos der Arbeiter fortbestehen zu lassen oder gar zu verschlimmern, sondern um es nach Recht und Billigkeit zu verbessern. Die Fortschrittspartei dringt auf Beschränkung der Socialgesetzgebung mit Regelung des auf magerer alleiniger Selbsthilfe basirenden Genossenschaftswesens, um wenigstens einen Theil der Arbeiter noch eine Zeit lang an dem Leiste ihrer herrschsüchtigen Politik zu behalten, ohne tiefer in die Selbstsack greifen zu müssen. Die Passalleaner-Partei wird jedoch, wie wir schon früher angedeutet, allmählig die ganze Arbeiterwelt mit sich fortziehen, wiewohl fast die gesamte Presse die Sache gern ignoriert, wie der Vogel Strauß seinen Feind. — Was dann? Man lese und beherzige dazu in höhern wie in niedern Regionen die ebenso trefflichen als wahren Aphorismen über die social-politische Bewegung — in den hist. polit. Blättern 1865, davon das 12. u. 55. Bde. noch Allerlei zum Nachdenken enthält.

7. Passalle machte den Arbeitern den parlamentarischen Humbug der Fortschrittsmänner begreiflich und empfahl ihnen stilles Verhalten, ruhiges Verhalten, Gleich, möglichste Sparsamkeit, Aneignen von Bildung und Wissen nach dem allgem. gleich. u. directen Wahlrecht. Dieses stellt Schulze-Dehtisch seinen Leuten gleichfalls in Aussicht, sobald sie sich auf die (oft selbst kaum) höhere Bildungstufe der Bourgeoisie würden emporgeschwungen haben. Wann wird man aber diesen Zeitpunkt anerkennen? Und ist unbegreiflich, warum nicht jetzt schon ein intelligenter, unparteiischer und patriotischer hiesiger Arbeiter neben seinen gleich geistigsten Mitbürgern in der Kammer sitzen sollte, vorausgesetzt, daß nur solche Individuen des Arbeiterstandes gewählt werden, die es verdienen. — Was D'Connell für die irischen Katholiken, das war Passalle für die deutschen Arbeiter. Beide, mit Secularargente, wurden vor Gericht geschleppt und verurteilt, jener von den Hochrichtern, dieser von den Geschwörnen, beider Geist lebt aber noch fort, Ungezügelmäßigkeit, Wahrheitsliebe und Charakterfestigkeit mit Ausdauer verfangend. Das Preshorgan der Passalleaner ist der Berliner „Social-Demokrat“ und das der Schulze-Dehtischer außer der Leipziger „Gartenlaube“ die Koburger „Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung“. Während fast jede Nummer dieses Blattes durch ärgerliche Gemeinheit in Ton und Ausdruck einen empörenden Eindruck macht, kann selbst der Katholik viele Nummern jenes in Ton und Ausdruck würdiger redigierten Blattes durchlesen, ohne Anstoß zu nehmen und ohne von dem anderwärtig gebräuchlichen Schimpfen auf „Paffen“ und „Zunker“ betäubt zu werden.

8. Die Selbsthilfe und der Antheil an dem Kapitalprohite machen den Arbeitern die Staatshilfe entbehrlich, was in Dr. J. Huber's Proletariat (München 1865) ungeachtet gelehrten Bombastes übersehen ist, wie manch' Aeneas. Empfehlenswerther erscheint Dr. Kosbach's Broschüre über die sociale Frage (Würzburg 1864), der Redaction des Münchener-Freisinger Pastoralblattes unbekannt, wie der Mariabühlverein. Daß bei dem Coalfiren der Arbeitgeber mit den Arbeitern diese nicht allein am Gewinne, sondern auch am Verluste participiren sollen, versteht sich eben so von selbst, als daß in der Regel das Fabriciren mit fremdem, doch zu verzinsendem Kapitale, unfruchtiges Speculiren oder Ueberproduiren riskirt sind, und die Arbeiter bei Gewinn befuß Selbsthilfe mehr zurücklegen, beziehungsweise mehr in die Spar- oder Hülfkasse einzahlen und damit Verlust ausgleichen können, was sich der pfiffige Kritikerschreiber in Nr. 176 des „N. B. Kuriers“ höchst zu Gemüth ziehen wollte, zumal Verlust durch offenes Verschulden des Fabricirenden, wozu noch luxuriöses Banen, luxuriöses Ladenmischen und luxuriöses Leben gehören, die Arbeiter nicht zu büßen haben. Obgleich auch Dr. Glaser mit dem Chorus der Alltags-Volkswirtschaftler den ganzen Arbeitergewinn ohne zureichende Rechtfertigung den Arbeitgebern zuspricht, so verdient seine jüngste und vor einiger Zeit zugekommene Broschüre über die Erhebung des Arbeiterstandes zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit (Berlin 1865) doch gelesen und in mancherlei Beziehung selbst von Cultus-Ministern beherzigt zu werden.

9. So lang in Folge des beschränkten und indirecten Wahlrechts nur fortschrittliche Professoren, Advokaten und Kapitalisten als Bankiers, Bräuer, Fabrikanten, Gastwirthe, größere Grundbesitzer, Krantente, Rentiere in den Abgeordnetenämtern den Ton angeben dürfen, haben die nothleidenden Arbeiter nichts Nennenswerthes zu hoffen. Will eine Regierung den Arbeitern gerecht werden und sich von der Bourgeoisie allein nicht dirigiren lassen, so muß sie die Herbeiführung eines andern

tion, omi
e bei
et
Kai-
den
und
igen,
des
auf
in se
rung
ans-
ien:
stert
Se-
gnisse
hände
enger
stiche
hat
Zu-
ielte:
bahnt
richt
schheit
stets
bere,
Ein-
hand
nigin
wo
alten
seht;
des
nung
Hof
und
recht
lichen
thel-
s II.
enia
welche
mit
wol-
die
ische
eiche
und
Man
Sapf
ihm
lög-
zu
Ber-
Er-
ist
im
ver-
sees.
laste-
hät,
Diese